

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 21.09.2006

Vorlage Nr. 06-F-01-0093

**GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.09.2006 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bei den Vorbereitungen eines Zusammenschlusses der beiden städtischen Gesellschaften GWW und GeWeGe unter Beachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsrechte der Mitarbeiter die folgenden Eckpunkte zur Unternehmensphilosophie des zukünftigen Gemeinschaftsunternehmens festzulegen. Diese sollen auch bis zum Zusammenschluss in den Einzelunternehmen Geltung besitzen:

- Kommunale Wohnungsgesellschaften dienen der Daseinsvorsorge und sollen neben der Kapitalrendite auch eine Sozialrendite für die Stadt erwirtschaften.
- Die städtischen Wohnbauunternehmen verstehen sich selbst nicht vorrangig als Händler von Wohnimmobilien, sondern führen ihre Geschäfte im Sinne eines effizienten wohnungswirtschaftlichen Managements, das Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge erfüllt und öffentlichen Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden dient. Dazu gehört vor allem:
 - Eine besondere Verantwortung gegenüber sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu übernehmen, d.h.
 - Einkommensschwächeren Familien. Älteren oder Behinderten sowie Menschen mit sozialen und sonstigen Handicaps auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt angemessenen zeitgemäßen und preisgünstigen Wohnraum auch aus ihren freifinanzierten Beständen anzubieten.
 - Die Orientierung der Mietobergrenze an dem Mittelwert des jeweils aktuellen Mietspiegels für die Landeshauptstadt Wiesbaden.
 - Die Pflege funktionierender Nachbarschaften in sozial gemischten Wohnquartieren.
 - Bei Sanierung, Erneuerung oder Neubau von Wohnanlagen (wie etwa am „Weidenborn“) darauf zu achten, dass die bereits ansässigen Bewohner dort wohnen bleiben können.
 - Die Bereitschaft, sich zunehmend als „Quartiersgestalter“ zu engagieren, etwa durch die gezielte Modernisierung des Gebäudebestands und durch qualifizierten Neubau die wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Ziele der Landeshauptstadt Wiesbaden zu unterstützen.
 - Eine Vorbildfunktion für private Investoren, etwa in der Etablierung neuer Wohnformen, im sozialen, ökologischen / energetisch optimierten und barrierefreien Bauen und Bewirtschaften von Beständen wahrzunehmen.
 - Die Eigentumsbildung auch für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen zu fördern, sowohl durch kostengünstigen Neubau als auch für Mieter im Bestand.
 - Im Rahmen öffentlicher Förderung oder durch Vergabe von Belegungsrechten mitzuwirken an der Erhaltung und Erneuerung eines ausreichenden und gut

verteilten Bestandes an Wohnungen mit Sozialbindung.

- Der Verkauf von Bestandswohnungen in eng begrenzten Umfang soll auf die Mieter beschränkt werden.
 - Im Umgang mit Mitschuldern/innen werden auch berechnigte wirtschaftliche Interessen im Einklang mit den Rechtsansprüchen der Betroffenen verfolgt und vorrangig die Hilfsangebote der Stadt bzw. der Wohlfahrtsverbände zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit zur Geltung gebracht. Auf ein willkürliches Eintreiben der Mietschulden durch Dritte wird verzichtet.
-

Beschluss Nr. 0470

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.09.2006 betr.

GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH

wird zur weiteren Beratung an die Ausschüsse für Soziales und Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen.

- | | |
|--|---------------------------------------|
| 1. Herren Vorsitzenden der Ausschüsse
• für Soziales und
• Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
mit der Bitte um weitere Veranlassung | Wiesbaden, .09.2006 |
| 2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung | Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin |
| Der Magistrat
-16- | Wiesbaden, .09.2006 |
| Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung | Diehl
Oberbürgermeister |